



Wenn Extremisten in deutschen Sicherheitsbehörden arbeiten, muss der Staat reagieren, fordert **Dietmar Neuerer**.

## Terrorismus

### Der neue innere Feind

**D**er Fall des enttarnten mutmaßlichen Islamisten beim Verfassungsschutz wirft ein neues Schlaglicht auf die innere Sicherheit in Deutschland. Dass Gefährder aus der Mitte der Sicherheitsbehörden heraus operieren, um Anschläge zu initiieren, hatte so bisher niemand wirklich auf dem Schirm. Auch wenn der Chef der Behörde, Hans-Georg Maaßen, jetzt betont, dass auch der deutsche Inlandsgeheimdienst wie jeder Nachrichtendienst Ziel strategischer Einschleusungsversuche ausländischer Dienste, Extremisten und Terroristen ist, brachte man das Phänomen des sogenannten Innentäters bisher eher mit Spionage in Verbindung, also dem Abfluss von sensiblen Informationen aus staatlichen Stellen oder Unternehmen.

Nummehr, so scheint es, haben es die Sicherheitsbehörden mit einem neuen inneren Feind zu tun. Das wirft Fragen auf, zumal es Unterwanderungsversuche auch schon in anderen Bereichen gegeben hat. Zuletzt wurden bei der Bundeswehr mindestens 20 Islamisten enttarnt. Von der Polizei weiß man, dass dort die Verdachtsfälle rechtsextremer Reichsbürger weiter zunehmen. Alles das muss zu denken geben - vor allem dem zuständigen Innenminister Thomas de Maizière. Denn die Gewährleistung von Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates.

Deshalb muss jetzt aufgeklärt werden, auf welchem Weg der aufgeflogene Gefährder Mitarbeiter des Bundesverfassungsschutzes werden konnte. Allein der Hinweis, dass es sich bei dem Deutschen um einen Konvertiten handele, der sich unbemerkt radikalisiert habe, wird der Tragweite des Falls nicht gerecht.

Natürlich sind die Sicherheitsbehörden auch auf Mitarbeiter aus anderen Kulturkreisen angewiesen. Deshalb wäre es falsch, diese Rekrutierungspraxis infrage zu stellen oder gar einen Generalverdacht zu hegen. Konsequenzen sollten dennoch überlegt werden. Etwa, ob Staatsbeamte in sicherheitsrelevanten Bereichen künftig in deutlich kürzeren Intervallen als bisher auf ihre politische Ausrichtung hin überprüft werden sollten.

**Der Autor ist Reporter.**

Sie erreichen ihn unter:

[neuerer@handelsblatt.com](mailto:neuerer@handelsblatt.com)



Die G20 kann sich angesichts der Krisen neu beweisen, meint **Jan Hildebrand**.



Nach den Finanzmärkten müssen die G20-Staaten sich nun vor allem selbst bändigen gegen die Versuchung der Abschottung.

## Leitartikel

# Zurück zu alter Stärke!

**D**as Schreckensszenario für Angela Merkel und die deutsche G20-Präsidentschaft, das schon vor Monaten kursierte, lautet so: Wenn die Kanzlerin im nächsten Juli die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) zum großen Gipfel in Hamburg empfangen wird, muss sie Donald Trump als US-Präsidenten begrüßen, Marine Le Pen als französische Präsidentin und als italienischen Ministerpräsidenten Beppe Grillo.

Mit der Wahl Trumps ist das lange Zeit Undenkbare teilweise Realität geworden. Und nach dem Referendum am Wochenende in Italien ist nicht mehr auszuschließen, dass Grillo Renzi beerbt. Dass der Konservative François Fillon die Rechte Le Pen im Mai besiegt, damit rechnen in Berlin zwar alle, doch wirklich sicher ist sich niemand. Die bösen Überraschungen beim Referendum der Briten über den EU-Austritt und bei der US-Wahl machen vorsichtig.

Wenn Deutschland an diesem Donnerstag offiziell die G20-Präsidentschaft übernimmt, geschieht das also in einer Zeit großer Unsicherheit. Für Merkel bedeutet das zunächst: Ihr Kalkül, sich kurz vor der Bundestagswahl als Gastgeberin der Mächtigen mit guten Botschaften in Szene zu setzen, wird so leicht nicht aufgehen. Ein freundliches Familienfoto - zuletzt häufig eines der wenigen Ergebnisse eines G20-Gipfels, die in Erinnerung blieben - wird kaum ausreichen, wenn doch die Probleme und Differenzen der Gruppe so offenkundig sind. Der G20-Vorsitz ist unter diesen Bedingungen für die Kanzlerin zu einem Risiko geworden.

Für die Institution der G20 selbst bietet sich aber die Chance, ihre Existenzberechtigung zu erneuern. Vielleicht ihre letzte. In den vergangenen Jahren waren die Gipfel zu kostspieligen Events der jeweiligen Gastgeber verkommen. Weiß noch jemand, was in Hangzhou, Antalya oder Brisbane beschlossen wurde? Und selbst wenn man den „Action Plan“ der Australier herauskramt, der das Wirtschaftswachstum der G20-Staaten um 2,1 Prozent zusätzlich ankurbeln sollte, entpuppt sich dieses Vorhaben im Nachhinein als Effekthascherei. Denn daran gebunden fühlte sich keiner der Regierungschefs. Und so prüft auch lieber niemand öffentlich nach, was aus den Versprechungen wurde.

Um den Wert der G20 zu erkennen, muss man die Anfangsphase betrachten. Im Jahr 2008, die Finanzkrise schlug gerade mit voller Wucht zu, trafen sich die Staats- und Regierungschefs zum ersten Mal in dieser Runde. Das Ziel, eine ökonomische Kernschmelze zu verhindern, einte die heterogene Grup-

pe aus Europäern, dem kapitalistischen Amerika, dem autoritären China, der Öl-Monarchie Saudi-Arabien und aufstrebenden Mächten wie Indien. Man verhinderte den wirtschaftlichen Kollaps und verständigte sich auf eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Bei aller Detailkritik kann man feststellen, dass die G20 ihren Gründungsauftrag einigermaßen erfüllte. Doch nach der Bekämpfung der akuten Gefahr stürzte die Runde selbst in eine Sinnkrise, die bis heute andauert.

Wer braucht noch die G20?

Die Frage lässt sich nun wieder leichter beantworten in Zeiten, in denen Großbritannien sich aus der EU verabschieden will, in denen der „president-elect“ der USA mit neuen Mauern und Einfuhrzöllen droht und der Freihandel rund um die Welt stetig mehr Gegner bekommt. Die G20 bietet zumindest einen Rahmen für den Versuch, solch ökonomischem Irrsinn Einhalt zu gebieten. Damit würde die Runde sich auch wieder auf ihr ureigenes Terrain der Finanz- und Wirtschaftspolitik fokussieren, nachdem es zuletzt die Tendenz gab, sie mit allen möglichen Detailfragen von Plastiktüten im Meer bis zum Antibiotikaeinsatz in der Tierzucht zu überfrachten.

Zumindest gibt es wenige Zirkel, die besser geeignet wären, gegen Protektionismus und Währungsmanipulationen vorzugehen, sinnvolle Finanzmarktregulierung und faire Steuerregeln zu verteidigen oder auch gemeinsame Antworten auf den Klimawandel und die digitale Disruption zu suchen. Ob das glückt, wenn Trump mit am Tisch sitzt, der als erste Maßnahme das Freihandelsabkommen mit Asien aufkündigen will, oder Theresa May, die den niedrigsten Steuersatz innerhalb der G20 anstrebt, um das Land trotz Brexit für Unternehmen attraktiv zu machen? Skepsis ist angebracht. Doch scheinen die Chancen in bilateralen Verhandlungen oder in Großrunden wie den IWF-Treffen noch geringer.

Die Etablierung der G20 war die Antwort der Regierungschefs auf Finanzmärkte, die außer Kontrolle geraten waren und die Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen drohten. Heute dominieren die politischen Risiken, gerade in den westlichen Industriestaaten. Eine Abschottungsspirale könnte schlechend die Grundlagen von Wirtschaftswachstum und Wohlstand erodieren lassen. Insofern müssen die G20-Staatenlenker im kommenden Jahr in Hamburg zeigen, dass sie nicht nur die Finanzmarktakteure bändigen können, sondern auch sich selbst.

**Der Autor ist stv. Leiter des Hauptstadtbüros in Berlin.** Sie erreichen ihn unter: [hildebrand@handelsblatt.com](mailto:hildebrand@handelsblatt.com)

## Worte des Tages



„Ich glaube, es wäre der Gipfel des Irrsinns, wenn die nächste Regierung ein Abkommen zerschlagen würde, das die vorherige geschlossen hat.“

Das wäre katastrophal, wäre es wirklich.“

**John Brennan**, scheidender Chef des US-Geheimdienstes CIA, warnt vor einem Ende des Atomabkommens mit Iran



## Gastkommentar

# Demokratischer Freihandel



Freihandelsabkommen müssen in Zukunft anders geschlossen werden, meinen **Bruno S. Frey** (l.) und **Armin Steuernagel**.

**K**önnen wir grenzüberschreitende Herausforderungen wie den internationalen Handel nicht einfacher und besser regeln als bisher? Müssen wirklich ein paar wenige Elite-Juristen einen Vertrag hinter verschlossenen Türen aushandeln, der dann für 500 Millionen Menschen gelten soll?

Andere Lösungen sind denkbar. Wieso könnten sich die Unternehmen und Kunden, die einen globalen Handel nach bestimmten Regeln führen möchten, nicht zusammenschließen, grenzüberschreitend und unabhängig von ihren Nationalstaaten, auf demokratische Weise Regeln bestimmen und eine Verwaltung wählen? Ein Beispiel dafür ist Fairtrade.

Unabhängig von Staatsgrenzen hat Fairtrade Regeln geschaffen, die von den Unternehmen eingehalten werden müssen, die das Label tragen - sozusagen ein eigener Welt-Handelsvertrag. Im Bereich Lebensmittel gibt es außerdem das bekannte Demeter Biolabel, welches demokratisch von den Bauern und Erzeugern von Demeter-Waren kontrolliert wird, in über 50 Ländern aktiv ist und klare Regeln für Qualität und Handel schafft.

Es ist sozusagen ein eigenes Handelsabkommen von bestimmten Konsumenten, Händlern und Produzenten.

Die Beispiele zeigen: Wir könnten die verschiedensten internationalen Handelsallianzen gründen, statt ein Abkommen für alles zu schließen. Demokratisch kontrolliert, transparent und vor allem an die Bedürfnisse von verschiedenen Kulturen, Traditionen und Branchen angepasst. Unternehmen, Supermärkte oder Bürger könnten zwischen verschiedensten Handelsregimen wählen. Geht ein Handelsregime in eine Richtung, mit der ich nicht übereinstimme, kann ich entweder von meinen Mitwirkungsrechten Gebrauch machen, in Abstimmungen meine Meinung kundtun oder austreten, in eine andere Handelsallianz eintreten oder eine neue gründen.

Für die Zulassung solcher Handelsallianzen im europäischen Rechtsraum müssten klare Bedingungen gelten: Produzenten, Handel und vor allem Konsumenten müssten in den Organen vertreten sein. So wird sichergestellt, dass Kunden nicht übervorteilt werden. Außerdem muss jedes Produkt - wie heute bei Bioprodukten - klar gekennzeichnet sein.

Statt unterschiedliche Konsumenteninteressen in ein Mega-Abkommen wie Ceta oder TTIP hineinzupressen, was notwendigerweise Protektionismus zur Folge hätte, könnten auf diese Weise unterschiedliche Abkommen koexistieren.

**Bruno S. Frey ist Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management and Arts (CREMA) in Zürich und ständiger Gastprofessor an der Universität Basel; Armin Steuernagel ist Researcher an der Columbia University New York und bei CREMA.** Sie erreichen sie unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)



**„Wenn Europa sich nicht um seine eigene Sicherheit kümmert, wird es niemand sonst tun.“**

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident



**„Die Arbeitslosigkeit hat weiter abgenommen, und die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern bewegt sich auf einem anhaltend hohen Niveau.“**

Frank-Jürgen Weise, BA-Chef

## Stimmen weltweit

## THE TIMES

**Zur Möglichkeit eines Exports des „Trumpismus“ nach Europa** heißt es in der Londoner „Times“, dass den Europäern einige Zutaten dieses populistischen Stils bestens vertraut seien. Und wer glaubt, dass 2016 hart war, der sollte für 2017 mit mehr Härte rechnen.

**K**ann Donald Trumps populistischer Stil, der Trumpismus, erfolgreich nach Europa exportiert werden? Die ersten Hinweise darauf werden wir erhalten, wenn die Österreicher Europas erstes politisch weit rechts stehendes Staatsoberhaupt wählen sollten und wenn das Verfassungsreferendum in Italien danebengehen sollte, wenn die Wähler also die Ratschläge der etablierten Eliten ignorieren. Man stelle sich vor, was das für Folgen haben könnte: eine italienische Regierung, die von der Fünf-Sterne-Bewegung geführt wird, die ein Referendum über die Mitgliedschaft in der Euro-Zone verlangt, eine Zurückweisung der europäischen Integration durch Österreich und vielleicht, nur vielleicht, eine Präsidentin Marine Le Pen, die damit droht, den europäischen Traum platzen zu lassen. Wenn Sie glauben, dass 2016 ein harter Ritt war, dann warten Sie erst einmal auf die Revolutionen, die das Jahr 2017 bringen wird.

Einige Ingredienzien des Trumpismus sind den Europäern sicher vertraut. Die starken Erschütterungen durch die Bankenkrise, Ressentiments gegen die sich selbst bereichernde politische Klasse und dahinter, kaum sichtbar, Millionen von Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen, für die Gesellschaft nicht mehr nötig. Ist das Wut genug, um Regierungen zu stürzen und die Gründungsidee von Europa zu schreddern? (...)

Reife Demokratien können mit populistischen Politikern umgehen, können sie benutzen und entsorgen. Wenn jedoch diese Emporkömmlinge die Volkstribune der Zukunft werden sollten, muss Europa nach einem neuen Konsens suchen. Und vielleicht ist es genau das, was der Kontinent braucht.



Über die erneute Kanzlerkandidatur von Angela Merkel schreibt am Mittwoch die bulgarische Zeitung „Sega“, dass sie vor möglicherweise verhängnisvollen Wahlen steht. **Früher habe sich Merkel großer Beliebtheit daheim und in Europa erfreuen können, heute nicht mehr.**

**D**er Wunsch der Kanzlerin (Angela Merkel), um ein viertes Mandat zu kämpfen, wird die Gesellschaft in Deutschland noch mehr spalten. Sie steht vor den wohl verhängnisvollsten Wahlen ihres Lebens, während sich die Welt für mögliche radikale Veränderungen unter (dem in den USA neu gewählten Präsidenten Donald) Trump vorbereitet. Großbritannien kämpft mit den Problemen des Brexit-Votums. Frankreich steht im kommenden Jahr vor einer Präsidentenwahl, bei der die extrem rechte Kandidatin Marine Le Pen den Sieg ergattern könnte. (...) Für lange Zeit schaffte es Merkel, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin tapfer gegenüberzustehen - damals erfreute sie sich aber einer enormen Popularität nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa. Heute genießt Merkel keine solche Beliebtheit mehr. Dies nutzen der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und auch die Lenker einiger europäischer Staaten, die bis gestern wetteiferten, Deutschland zu umflattern. (...) Alles deutet darauf hin, dass die Schlacht um ein viertes Mandat die schwerste im Leben Angela Merkels sein wird - und auch die schwerste für die politische Klasse und die Bürger.